

Das gemeinsame christliche Erbe unserer Völker weist den Christen dabei eine besondere Verantwortung zu. Dankbar dürfen wir feststellen, daß im Verhältnis zwischen tschechischen, slowakischen und deutschen Katholiken dafür seit langem gute Voraussetzungen geschaffen wurden, auf denen wir nun weiterbauen können. Wir wollen hier an die Verdienste der Sudetendeutschen, insbesondere aber der sudetendeutschen Katholiken, erinnern, die zusammen mit den anderen Heimatvertriebenen von Anfang an einer Haß- und Rachepolitik absagten und seit Jahrzehnten ihren Beitrag zur Versöhnung leisteten. Wir denken dabei mit Hochachtung auch an die tschechischen und slowakischen Katholiken im Exil, die schon früh den Dialog mit ihren deutschen Brüdern und Schwestern suchten. Vor allem aber gilt jenen Gliedern in der Kirche in der Tschechoslowakei unser tief empfundener Dank, die, selbst mitten in der Verfolgung stehend, aus der Kraft ihres Glaubens voller Weitsicht und Großmut den Boden für die Versöhnung unserer Völker vorbereiten halfen. Dieser Dank richtet sich in besonderer Weise an unseren hochverehrten Mitbruder František Kardinal Tomášek, der trotz aller Anfeindungen mit der gleichen Uner-schrockenheit, mit der er die Freiheit des Glaubens verteidigte, die Tschechen und ihre Nachbarvölker im Geist

seines großen Vorgängers, des heiligen Adalbert von Prag, zur Besinnung auf ihr gemeinsames Erbe und zur Erneuerung Europas durch die geistige und sittliche Wiedergeburt seiner Nationen aufrief. Mit Bewunderung und Dank schauen wir heute auf diese Kirche unseres Nachbarlandes, deren in jahrzehntelanger Unterdrückung geprüfte Treue zum Evangelium auch uns Ansporn für ein mutiges Zeugnis des Glaubens in der heutigen Welt und für den Dienst der Kirche an den Menschen unserer Zeit ist.

Zwischen unseren Völkern liegt heute noch die Hinterlassenschaft eines halben Jahrhunderts, das Unrecht und Leid, Mißtrauen und Gleichgültigkeit zwischen den Menschen wachsen ließ. Dieses unselige Erbe beiseite zu räumen und die Herzen der Menschen für den gemeinsamen Bau an einem neuen Europa zu gewinnen, ist die Aufgabe der uns heute geschenkten geschichtlichen Stunde. Mit Kardinal Tomášek, allen Christen und allen Menschen guten Willens in unserem Nachbarland hoffen wir darauf, daß uns dabei die Wahrheit und die Liebe frei machen werden: frei von der Last der vergangenen Schuld und offen für die Gestaltung der Zukunft in Gerechtigkeit und Frieden.

## Afrika und der Wandel in Europa

### Der schwarze Kontinent gerät in Vergessenheit

*Die Länder Schwarzafrikas drohen immer mehr zum Armenhaus der Erde zu werden. Die Lebensbedingungen für die breite Masse der Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, die strukturellen Probleme sind ein erhebliches Handikap, die internationalen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind für Afrika schwieriger geworden. In dieser krisenhaften Entwicklung sieht Heribert Weiland vom Freiburger Bergstraesser-Institut in seinem Beitrag aber auch Chancen für eine neue Selbstbestimmung: Schwarzafrika könnte sich stärker auf die eigenen Möglichkeiten besinnen.*

Wenn in diesen Tagen von Perestroika die Rede ist, so werden unwillkürlich Assoziationen an die eigenwillige Politik Gorbatschows oder an den starken Freiheitsdrang der Bevölkerungsmassen in Osteuropa geweckt. Welche Konsequenzen die dramatischen Veränderungen im Ostblock jedoch für die Entwicklungsländer haben werden, darüber ist bislang nur wenig nachgedacht worden. Dennoch wurden erste Befürchtungen geäußert, daß über die Euphorie des Neuanfangs in Osteuropa die Dritte Welt und insbesondere der afrikanische Kontinent in Vergessenheit geraten könnten. Wie real diese Gefahr ist, zeigt

das rapide abnehmende öffentliche Interesse an den Ereignissen in den Entwicklungsländern. Auch die Dementis der Politiker können über diesen Tatbestand nicht hinwegtäuschen.

### Ein wenig hoffnungsvolles Szenario

Wenn im folgenden von der *abnehmenden Bedeutung Afrikas im internationalen Kräfteparallelogramm* die Rede ist, so ist damit nicht allein die offenkundige Überlagerung der Dritten durch die Zweite Welt gemeint. Es soll vielmehr argumentiert werden, daß der afrikanische Kontinent schon lange vor dem Perestroika-Zeitalter in einen *tiefen Krisenstrudel* hineingeraten ist, aus dem er vor der Jahrtausendwende kaum herauskommen wird. Vor allem die Staaten des schwarzen Afrikas – gemeint sind damit die Länder südlich der Sahara ohne die mediterranen nordafrikanischen Staaten und ohne die noch immer von einer weißen Minderheitsregierung beherrschte Republik Südafrika – haben sich in den letzten drei Jahrzehnten in immer stärkere wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten verstrickt und bilden zur Zeit nach allen gängigen Entwicklungsindikatoren die Schlußlichter der internatio-

nen Staatenwelt. Um diese Aussage mit einigen Zahlen zu belegen: Von den 45 Staaten Schwarzafrikas gehören mehr als zwei Drittel zu den ärmsten Ländern der Erde. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten fast aller Länder liegen unter der Zuwachsrate der Bevölkerung von durchschnittlich 3%, so daß sich eine reale Abnahme des Pro-Kopf-Einkommens ergibt. Die insgesamt 450 Mio Einwohner der schwarzafrikanischen Länder produzieren laut Statistik nicht mehr als die 10 Mio Einwohner Belgiens. Seit Beginn der 60er Jahre hat es 19 innerafrikanische Kriege (ohne Entkolonisierungskonflikte) und 61 Militärputsche gegeben. Die Inflationsraten sind im Schnitt auf mehr als 20% angewachsen, und die Staatsverschuldung, die es in den 60er Jahren praktisch noch nicht gegeben hat, ist in den letzten zwei Jahrzehnten auf etwa 230 Mrd US-\$ geklettert. Gemessen an seiner Wirtschaftskraft ist Schwarzafrika damit zur höchstverschuldeten Weltregion aufgestiegen.

## Der kalte Krieg ist vorbei

Zweifellos können die hier betrachteten 45 schwarzafrikanischen Staaten nicht einfach in einen Topf geworfen werden. Von natürlichen Unterschieden abgesehen, weichen sie auch in Geschichte und Politik voneinander ab. In einigen Staaten, wie der Elfenbeinküste oder Sambia, hat es nie einen Militärputsch gegeben, andere, z. B. Botswana, haben durch eine relativ liberale Politik eine gewisse wirtschaftliche Prosperität erreicht, und wieder anderen, wie z. B. Ghana, ist es gelungen, sich mit großen Eigenanstrengungen aus der Wirtschaftsmisere vergangener Jahre zu befreien. Doch trotz einiger „success stories“ läßt sich nicht leugnen, daß die Gesamtregion Schwarzafrika in einer tiefen Krise steckt, und alles deutet darauf hin, daß der zum Armenhaus gewordene Kontinent für die Erste Welt immer unwichtiger und uninteressanter wird.

Weniger als hundert Jahre nach dem kolonialen Wettlauf der europäischen Nationen zur Aufteilung Afrikas begann in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts ein neuer, ideologischer Wettlauf der Großmächte um mehr Einfluß in den gerade unabhängig gewordenen Staaten. Afrika wurde in diesen Jahren zum *Schauplatz des kalten Krieges* zwischen Ost und West. Die jungen Staaten sollten durch großzügige Versprechungen oder versteckte Drohungen in das eine oder andere Lager gezogen werden. Im deutschen Kontext wurde die Hallstein-Doktrin zum Symbol dieses Konfliktes. Entsprechend mußten alle Staaten, die die DDR offiziell anerkannten, mit der Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland rechnen und erhielten deswegen auch keine Entwicklungshilfe mehr. Für etwa ein Jahrzehnt wurde von beiden Teilen Deutschlands viel außen- und entwicklungspolitische Energie in das ideologisch bestimmte Kräftemessen gesteckt, und mancher afrikanische Staat hat es damals verstanden, sich seine Sympathie zum einen oder anderen Lager durch Hilfezusagen vergolden zu las-

sen. Mit dem Abschluß der Ostverträge durch die sozialliberale Koalition und im Einklang mit internationalen Entspannungstendenzen wurde das Blockdenken abgebaut. Die Folge war eine pragmatischere Afrikapolitik der Bundesrepublik und des Westens. Für eine Reihe von afrikanischen Staaten führte dieser Schritt jedoch zu einem ersten internationalen Bedeutungsverlust.

Mit Abflauen des kalten Krieges spielten die Blockinteressen nur noch in einigen rohstoffreichen und geostrategisch bedeutsamen Gebieten Afrikas eine Rolle. Prominenteste Beispiele sind das Horn von Afrika (Äthiopien/Somalia) und der Süden des Kontinents. Von dort aus konnten die lebenswichtigen Wasserstraßen, auf denen Rohöl und andere Rohstoffe transportiert wurden, kontrolliert werden. Lokale Konflikte in diesen strategisch relevanten Krisenregionen wurden von den Großmächten immer massiv unterstützt. Ohne eine solche ständige Alimentierung von außen mit Geld und Waffen hätten einige innerafrikanische Kriege (z. B. in Angola) nicht so lange gedauert, und manches Militärregime (z. B. in Äthiopien oder Somalia) wäre schon früher am Ende gewesen. Allerdings scheint auch das Zeitalter der Stellvertreterkriege und der außengesteuerten Regionalkonflikte langsam zu Ende zu gehen. Die Perestroika machte eine Annäherung und Abstimmung der Großmächte bezüglich ihrer Afrikapolitik möglich. Vor allem die hohen militärischen Unterstützungsleistungen scheinen dabei einer nüchternen Kosten-Nutzen-Rechnung unterzogen worden zu sein. So hat die UdSSR in den 80er Jahren allein an Angola Kriegsmaterial in Höhe von 2 Mrd US-\$ geliefert, ohne daß das militärische Patt überwunden werden konnte. Die neue politische Linie, auf die sich Reagan und Gorbatschow im Juli 1988 in Washington einigten, ist dagegen auf eine Schlichtung regionaler Konflikte ausgerichtet und zielt auf einen schrittweisen Rückzug aus Afrika ab. Die Serie von Verhandlungen, die 1988 und 1989 zum Abschluß des Namibia-Abkommens und zur Durchführung freier Wahlen führte, sind ein deutliches Signal für die Ernsthaftigkeit der neuen Politik.

## Die Rohstoffabhängigkeit der Industriestaaten sinkt

Nach der Vielzahl der blutigen Auseinandersetzungen in Afrika ist die neue Linie friedlicher Konfliktbeilegung nur zu begrüßen. Es bleibt zu hoffen, daß das kriegsgeplagte und -zerstörte Afrika in den nächsten Jahren endlich zur Ruhe kommen wird. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Rückzug der Großmächte und der damit verbundene neue Isolationismus zugleich eine Abnahme des politischen und wirtschaftlichen Interesses der Großmächte an Afrika bedeuten wird.

Afrika galt schon immer als ein rohstoffreicher Kontinent und verdient auch heute noch ca. 90% seiner Devisen durch Rohstoffexporte. Allerdings – und dies ist entscheidend – nahm der Rohstoffexport Afrikas in den letzten

zwei Jahrzehnten deutlich ab. Der Gesamtwert der Exporte der 45 Staaten Schwarzafrikas lag Ende der 80er Jahre bei 1,1% aller Weltexporte, während er in den 50er Jahren noch ca. 3% ausmachte. Die Gründe liegen auf der Hand:

– Einerseits sind die Rohstoffpreise auf breiter Ebene weltweit gefallen. Dies zeigt sich besonders deutlich an den sog. terms of trade, d.h. den Tauschrelationen im Welthandel. Um ein industriell verarbeitetes Produkt aus der Ersten Welt zu kaufen, müssen heute viel mehr Rohstoffe produziert und vermarktet werden als vor einigen Jahren.

– Zum anderen sind, vor allem im Agrarbereich, die Produktionsmengen gefallen. Von 1970 bis 1985 sank der afrikanische Anteil an den Weltrohstoffexporten – ohne Öl – von 7% auf 4%. Der Produktionsrückgang, der von der Weltbank auf ca. 10 Mrd US-\$ geschätzt wird, geht auf Kriegszerstörungen, schlechter werdende Produktionsanlagen und Infrastrukturbedingungen sowie auf Mißmanagement zurück.

– Schließlich ist die wachsende Rohstoffautonomie der Industriestaaten zu berücksichtigen. Aufgrund hoher Produktivitätsfortschritte werden auf dem Agrarsektor der Industriestaaten (vor allem in den USA und in der EG) ständig Überschüsse produziert. Im industriellen und energieversorgenden Bereich ist es im Gefolge der Ölkrise zu großen Substitutions- und Einsparungseffekten gekommen: Statt Holz oder Metall wird immer mehr Plastik eingesetzt, und durch Energiesparmaßnahmen und Recycling ist die Rohstoffnachfrage gesunken. Alles deutet darauf hin, daß angesichts der intensiven Forschungsbemühungen um bessere und billigere Produktgestaltung in den Industriestaaten der Rohstoffbedarf weiterhin – zumindest relativ – sinken wird. Nur für einige Edelmetalle wird auf absehbare Zeit eine Rohstoffabhängigkeit bestehen bleiben. Davon profitieren aber nur wenige Staaten in Zentral- und im südlichen Afrika.

Jede wirtschaftliche Entwicklung braucht *Investitionen von Kapital und Know-how*. Allerdings sind sowohl das Investitionsklima wie die Investitionsbedingungen im gegenwärtigen Afrika als extrem ungünstig anzusehen. Eine Reihe von Staaten sind kriegszerrüttet, die Infrastruktur ist durchgehend schlecht und veraltet, Vermarktungsmöglichkeiten sind kaum vorhanden und die Arbeitskräfte unzureichend ausgebildet. Darüber hinaus sind die ordnungspolitischen Ausgangsbedingungen in den mehrheitlich sozialistischen Staaten für Privatinvestoren unattraktiv: hohe Steuersätze, geringe Möglichkeiten zur Kapitalrückfuhr, und in einigen Fällen sind auch die rechtlichen Rahmenbedingungen unbefriedigend, wenn z. B. – ein Investitionsschutzabkommen fehlt. Da privates Kapital nicht sehr risikofreudig ist und zumeist dort investiert wird, wo bereits günstige Verzinsungsmöglichkeiten und hohe Wachstumschancen bestehen, gehört Schwarzafrika nicht zu den bevorzugten Investitionszonen. Hinzu kommt die neue Konkurrenz des europäischen Ostens, von dem man sich markt- und standortmäßig sehr viel

mehr erhofft. Die *Billiglohnländer* liegen in Zukunft direkt vor der Haustür. Die westeuropäische Industrie konzentriert sich zudem auf den Beginn des europäischen Binnenmarktes im Jahr 1992. Afrika gerät darüber in Vergessenheit. Selbst die wenigen stabilen schwarzafrikanischen Systeme, die sich als Musterschüler des IWF bemüht haben, ihre Verhältnisse in Ordnung zu bringen, werden sich schwertun, Investitionen anzuziehen.

## Entwicklungshilfe – ein Faß ohne Boden?

Wo privates Kapital fehlt, sind *öffentliche Investitionen* gefragt. Entsprechend hat eine Reihe von afrikanischen Regierungen versucht, nach der Unabhängigkeit mit großangelegten Programmen eine importsubstituierende Industrialisierungspolitik zu betreiben, die zum Großteil durch internationale Entwicklungshilfekredite gefördert wurde. Die *ambitösen Industrialisierungsstrategien* sind jedoch mehrheitlich gescheitert. Falsche Planung, schlechtes Management, aber auch korrupte Staatsbourgeoisien und ideologisch festgefahrene Einparteiensysteme haben im Verein mit ungünstigen Weltmarktbedingungen dazu geführt, daß das einstmalige reiche Afrika sich mehr und mehr in Schulden verstrickte und verarmte. Die zunehmende Verschuldung hat jedoch in besonderem Maße dazu beigetragen, daß die afrikanischen Staaten nunmehr völlig am Tropf der internationalen Entwicklungshilfe hängen. Öffentliche Hilfe ist heute unbedingt notwendig, weil angesichts der rapiden Verschlechterung der Wirtschaftslage selbst einfache entwicklungspolitische Maßnahmen aus eigener Kraft nicht mehr finanziert werden können. In einigen Staaten werden die wichtigsten *Grundversorgungseinrichtungen* wie medizinische Dienste oder Elektrizitätsversorgung nur noch durch ausländische Hilfe aufrechterhalten.

Aus diesen Gründen ist und bleibt Afrika Schwerpunkt der internationalen öffentlichen Entwicklungshilfe. Sowohl aus EG-Mitteln (Lomé-Konvention) wie aus dem Entwicklungshilfeetat der Bundesrepublik Deutschland fließt die Mehrheit aller Mittel in die armen Staaten Afrikas. Die Erfolgsbilanz dieser Hilfe ist nicht sehr ermutigend. In jüngster Zeit wird mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank erneut versucht, Strategie- und Strukturveränderungen in Richtung auf ein sich selbst tragendes Wachstum zu initiieren. Der Schwerpunkt der Programme ist nun auf den Agrarbereich gelegt worden. Sollten die neuen Reformanstöße nicht zu grundlegenden Strukturveränderungen führen – für einige Länder sind die Perspektiven eher ungünstig –, wird die Entwicklungszusammenarbeit auch in Zukunft keine wirkliche Aufbauhilfe, sondern nur ein Verteilungssystem internationaler Armenfürsorge werden.

Es stellt sich die Frage, ob angesichts der unbefriedigenden Entwicklungshilfebilanz das quantitative Niveau der Entwicklungszusammenarbeit politisch aufrechterhalten

werden kann. Angesichts des großen Kapitalbedarfs, der gegenwärtig für den Wiederaufbau Osteuropas angemeldet worden ist, stellt sich die Frage, ob es nicht zumindest mittelfristig, d. h. in den nächsten Jahren, zu einer stillschweigenden Kürzung der Entwicklungshilfeleistungen kommen wird. Der Budgetposten Entwicklungspolitische Zusammenarbeit (Einzelplan 23) ist in den letzten Jahren nicht in gleichem Maße angewachsen wie der Gesamtetat. Bezogen auf den internationalen Richtwert, 0,7% des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, ist anzumerken, daß die Bundesrepublik, die 1982 noch bei 0,48% lag, inzwischen auf 0,39% zurückgefallen ist. Angesichts der neuen Hilfeversprechungen für Ungarn, Polen und andere Ostblockstaaten (55 Mio DM), die aus Entwicklungshilfemitteln finanziert werden sollen, befürchten besonders die afrikanischen Politiker, Opfer der neuen politischen Veränderungen in Europa zu werden.

### Steht eine Solidaritätskrise bevor?

Die Enttäuschungen über die entmutigende Erfolgsbilanz von drei Jahrzehnten Entwicklungspolitik birgt nicht zuletzt die Gefahr in sich, daß innerhalb der Bevölkerung Ressentiments gegenüber der Entwicklungshilfe – im besonderen gegenüber den schwarzafrikanischen Ländern – auftreten. Offensichtlich ist die skeptische Haltung eng verknüpft mit zunehmender Ausländerfeindlichkeit. Es ist zu bezweifeln, ob sich eine großangelegte Spendenaktion, wie sie am „Afrikatag“ im Jahr 1985 durchgeführt wurde, noch einmal wiederholen ließe. Die grundsätzlich positive Einstellung, die in den früheren Jahren der Entwicklungshilfe gegenüber festzustellen war, ist heute zunehmender Skepsis und Zurückhaltung gewichen. Die neue Spendenbereitschaft für Osteuropa, vor allem für Rumänien, ist, wie einige Hilfswerke berichten, eindeutig auf Kosten der Dritten Welt gegangen. Selbst die bedrückenden Bilder afrikanischer Hungerbäuche können die Spendenfreudigkeit kaum mehr erhöhen. Es steht zu befürchten, daß – ähnlich wie schon jetzt in den Medien spürbar – das Thema Afrika uninteressant geworden ist. Vereinzelt Kriegs- und Katastrophenmeldungen bestätigen dem Fernsehzuschauer lediglich, daß dieser „Hungerkontinent nicht mehr zu retten ist“.

Um eine derartige *Solidaritätskrise* mit der Dritten Welt zu überwinden, abzuschwächen, wird es die Aufgabe der entwicklungspolitisch engagierten Kreise sein, mit aller Kraft gegen eine völlige Vernachlässigung der Dritten Welt anzukämpfen. Dabei werden gerade die Kirchen, die sich bisher nicht nur durch ihre Missionsarbeit, sondern auch durch ihre engagierte Solidarität mit den Armen hervorgetan haben, besonders gefragt sein.

Das abnehmende Interesse gegenüber den schwarzafrikanischen Staaten wird gegenwärtig bis zu einem gewissen Grad durch die Aufmerksamkeit kompensiert, die nach wie vor den Ereignissen im südlichen Afrika gewidmet wird. Die Diskussion um die Folgen von Rassentrennung

und Unterdrückung in der Republik Südafrika und die kontroversen Meinungen über die wirtschaftlichen und politischen Implikationen der getrennten Entwicklung werden in den euro-amerikanischen Staaten immer wieder leidenschaftlich diskutiert und haben zum Teil zu engagierten Solidaritätsaktionen geführt. Die in der UN oder auf internationalen Konferenzen vorgebrachte Kritik der Schwarzafrikaner an dem Apartheidregime stößt auf weitverbreitete Sympathie, und Sanktionen gegen Pretoria werden von großzügigen Hilfsprogrammen, insbesondere für die Frontlinienstaaten, flankiert. Sollte sich der Konflikt im südlichen Afrika jedoch entspannen, die Apartheid verschwinden und sich die Situation am Kap „normalisieren“, so besteht die Gefahr, daß sich das Desinteresse für Schwarzafrika sogar noch erhöht. Mit anderen Worten: Je konfliktloser und ruhiger die politische Entwicklung in Südafrika – hoffentlich – ausfällt, um so schneller droht der gesamte Kontinent in Vergessenheit zu geraten.

Die vorstehenden Ausführungen wollen als ein Szenario verstanden werden, das der Verfasser zwar für realistisch, in seinen Erscheinungsformen und Auswirkungen aber ganz und gar nicht für wünschenswert hält. Insofern erscheint es notwendig, noch einige zusätzliche Gedanken anzuschließen, die einerseits die Problematik einer solchen Entwicklung sichtbar werden lassen, andererseits aber auch positive Wege aus dem Dilemma aufzuzeigen vermögen.

Auch wenn alles darauf hindeutet, daß der Stellenwert Schwarzafrikas abnehmen wird, so dürfte es dennoch bestimmte Bereiche geben, in denen die Industriestaaten immer wieder auf die Existenz der Dritten Welt und hier nicht zuletzt Afrikas zurückverwiesen werden. Gleichgültig, wie schnell das Zusammenwachsen von West- und Osteuropa vonstatten gehen wird, eine Abschottung vom Süden wird nicht in jeder Hinsicht möglich sein.

Abgesehen davon, daß über Politik, Diplomatie, Entwicklungshilfe und internationale Kommunikationsmedien ein Basiskontakt fortbestehen wird, sind es zwei Probleme, die vor allem die europäischen Staaten wahrscheinlich noch in den 90er Jahren mit aller Eindringlichkeit auf Afrika zurückverweisen werden: Einerseits wird der Asylanten- und Fremdarbeiterstrom, der – auch aus Afrika kommend – an die Türen eines prosperierenden Europas klopft, immer weiter anschwellen. Mit der Auseinanderentwicklung der verschiedenen Welten, die in Wirklichkeit gar nicht getrennt sind, wird der verzweifelte Versuch des Südens, am „Bonanza“ des Nordens teilzuhaben, eher zu- als abnehmen.

Auf der anderen Seite wird die Realität der einen Welt voraussichtlich durch die *ökologischen Konsequenzen* der zukünftigen Entwicklung deutlich werden. Denn das, was schon während der Kolonialzeit und in noch viel stärkerem Maße in den letzten Jahrzehnten in Afrika geschehen ist, läßt sich durch Nichtachtung nicht ungeschehen machen. Der Raubbau an den zentralafrikanischen Tropenwäldern und die ungezügelte Übernutzung (*overgrazing*)

durch die Viehherden in den Savannengebieten im Sahel und im Süden des Kontinents – nicht zuletzt hervorgerufen durch eine falsche Hilfspolitik – lassen ökologische Auswirkungen befürchten, die auch die Industriestaaten in vielfacher Weise berühren werden.

Es ist schon abzusehen, daß nach einer mehrjährigen Ausblendung der Entwicklungsländer die Probleme des Südens um so massiver wieder auf die Industrieländer zurückkommen werden. Die Rehabilitation des vergessenen Kontinents wird dann wahrscheinlich um so dringlicher auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen.

## Chancen für eine neue Selbstbestimmung

Das Szenario der afrikanischen Entwicklung, so deprimierend es im einzelnen auch erscheinen mag, kann jedoch auch anders gesehen werden. Mit langsamem Rückgang der Auslandszuflüsse – ob sie nun aus Handelsgewinnen oder Entwicklungshilfeleistungen stammen – wird eine Neuverteilung der zur Verfügung stehenden Mittel notwendig. Dies kann, wie die auf internationalen Druck eingeleiteten Sanierungsprogramme (IWF/Weltbank) gezeigt haben, zu sehr schmerzhaften Einschnitten in bestehende Wirtschafts- und Sozialsysteme führen, da sich ein Großteil der schwarzafrikanischen Staaten trotz

ihrer Armut an lebenserhaltende Außenzuflüsse gewöhnt und dabei so etwas wie eine „Empfängermentalität“ entwickelt haben.

Die starke Verschlechterung der Lebensbedingungen und die notwendig gewordenen Einschnitte bergen jedoch auch Chancen und Herausforderungen für einen Neuanfang in sich. Ökonomische Umstellungen ziehen soziale und politische Veränderungen mit sich – Konsequenzen, die zu einem Abbau von staatlichem Dirigismus und Bürokratie, zugleich aber zu mehr Macht, mehr Eigenbeteiligung der Bevölkerung, mehr Selbstverantwortung und vor allem mehr Demokratie führen können. Bei aller Misere des schwarzen Kontinents, der durch die Hypothek der zerstörerischen Kolonialzeit zumindest vorübergehend seiner Entwicklungschancen beraubt wurde, sollte der immer noch vorhandene Reichtum und die Vitalität der afrikanischen Bevölkerung nicht vergessen werden. Die Krise kann durch neue Konzepte und eine stärkere Rückbesinnung auf die eigene Identität zu einem vielversprechenden Neuanfang werden. Allerdings handelt es sich nur um eine Chance, denn die Gefahr, daß die alten und neuen Staatsbürokratien versuchen werden, die bisher bestehenden ungerechten Verteilungssysteme aufrechtzuerhalten, ist groß: dann werden die Armen in dem vergessenen Kontinent letzten Endes noch ärmer werden.

*Heribert Weiland*

# Ortskirchliche Eigenständigkeit – universalkirchliche Einheit

Ein Symposium des Missionswissenschaftlichen Instituts in Aachen

*Um theologische Klärungen zur umstrittenen Frage nach Recht und Grenzen der Eigenständigkeit von Ortskirchen innerhalb der einen katholischen Kirche ging es bei einem Symposium des Missionswissenschaftlichen Instituts Missio in Aachen, zu dem vom 28. Februar bis 4. März Theologen aus allen Erdteilen zusammenkamen. Ergebnis der Überlegungen war, daß die Kirche der Zukunft eine kulturell polyzentrische Weltkirche sein muß und daß Zwischeninstanzen zwischen den Bistümern und der römischen Kirchenleitung notwendig sind. Der Bericht über das Symposium ergänzt und bestätigt die Darstellung aktueller Konflikte zwischen Rom und Ortskirchen der Dritten Welt im letzten Heft (HK, März 1990, 129ff.).*

Das Anliegen des Symposiums, zu dem sich gut 50 Theologen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa zusammengefunden hatten, war ein vielfältiges. Auf der einen Seite hatten sich im Umfeld jüngster kirchenpolitischer Entwicklungen wie der Reihe der umstrittenen Bischofsernennungen, die zur „Kölner Erklärung“ und der

nachfolgenden Gründung einer europäischen Theologengemeinschaft führten, in Europa und der Bundesrepublik viele ekklesiologische Fragen zur Eigenständigkeit von Ortskirchen gegenüber einem sich verstärkenden römischen Zentralismus zusammengebracht. Auf der anderen Seite haben viele Entwicklungen in Ortskirchen der anderen Kontinente gezeigt, daß die theologische Problematik des Verhältnisses der Ortskirchen zueinander und im besonderen zur römischen Zentrale stark diskutiert wird und einer weiteren Klärung bedarf. Es lag daher nahe, in einer Zusammenarbeit mit Theologen aus verschiedenen Kontinenten und Ländern gemeinsam nach gangbaren Modellen und Perspektiven für den Veränderungsprozeß kirchlicher Universalität im Spannungsfeld entstehender Ortskirchen zu suchen.

Der Einleitungsbeitrag des Direktors des MWI, Prof. Ludwig Bertsch SJ, versuchte, die Situation der Ortskirchen vor dem weltkirchlichen Horizont aufzuzeigen und einige der Problemfelder ihres Verhältnisses zum Zentrum zu benennen. Die gegenwärtigen Spannungen zwi-